getheilt wurde, daß ein Protest eingereicht worden sei, haben wir nachträglich die Wahl durch eine öffentliche Versammlung bestätigen lassen.

Frau **Zietz**: Es ist unrecht, Jeden, der seinen Obolus nicht beiträgt, nicht als Parteigenossen zuzulassen. Wir weisen sie doch nicht zurück, wenn sie uns bei den Reichstagswahlen ihre Stimmen geben. (Lachen.) Ich weise es entschieden zurück, daß es sich hier um eine Frauenmarotte handelte. Den Protest haben eine ganze Anzahl Genossen erhoben, nicht ich. Ich hatte persönlich dazu um so weniger Anlaß, da ich ja trotzdem nicht von der Thätigkeit auf dem Parteitage ausgeschlossen war. Da von mir der Fall rein sachlich behandelt, hätte ich erwartet, daß es auch von der anderen Seite geschehe.

Die Diskussion schließt hiermit. Die Anträge der Mandatsprüfungs-Kommission werden angenommen.

Es folgt der sechste Punkt der Tagesordnung: **Maifeier.**

Hierzu liegt die folgende Resolution 63 vor:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893 und London 1896 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Weihefest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen."

Metzner-Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich werde Ihre Zeit nicht lange in Anspruch nehmen. Anträge liegen zu diesem Punkt nicht vor. Ich will nur einen kurzen Rückblick darauf werfen, wie die Maifeier bisher begangen wurde, und da kann ich nur sagen, daß ein Theil der Arbeiter den 1. Mai feiert, während ein anderer Theil ihn unbeachtet läßt. Wenn das, was in meiner Resolution ausgedrückt ist und was sich vollständig mit unseren früheren Beschlüssen deckt, zur Ausführung gelangen soll, so muß es doch in erster Linie Pflicht jedes Arbeiters sein, soweit es in seiner Macht steht, den Inhalt der Resolution auch durch die That zu befolgen. Ich empfehle Ihnen einfach die Annahme der Resolution und bitte dafür zu sorgen, daß ihr Inhalt mehr als leider in letzter Zeit beachtet wird. (Beifall.)

Der Parteitag nimmt die Resolution debattelos und einstimmig an.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die **Weltpolitik.**

Hierzu liegt die Resolution 64 vor.

Singer-Berlin: Parteigenossen! So ehrenvoll es für mich auch ist, vor dem Parteitag zu referiren und so sehr ich der Meinung bin, daß jeder Parteigenosse die Pflicht hat, die Aufgaben, die ihm im Interesse der Partei gestellt werden, zu erfüllen, so werden Sie es doch begreifen, wie schwer es mir wird, gerade heute über dies Thema vor Ihnen zu sprechen, wenn ich daran denke, wer eigentlich an dieser Stelle stehen sollte. Die Parteileitung hat die Weltpolitik auf die Tagesordnung gesetzt auf Anregung, jedenfalls unter lebhafter Zustimmung unseres großen Todten Wilhelm Liebknecht. Es war eine seiner letzten Arbeiten im Dienste der Partei, als er mit uns gemeinsam die Gründe besprach, die es uns zur Pflicht machen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte ich vor Ihnen auseinandersetzen, wie geeignet gerade Liebknecht zur Erörterung der Weltpolitik gewesen wäre. Das Geschick, welches ihn und uns betroffen, hat es anders gefügt und ich kann Sie nur bitten, mit dem vorlieb zu nehmen, was ich an Liebknecht's Stelle, in dem der Widerspruch gegen die Weltpolitik ja seinen kraftvollsten Vertreter hatte, bieten kann.

Gegenüber der Einmüthigkeit, mit der die gesammte Parteipresse und alle Parteiversammlungen sich gegen die abenteuerliche, gewaltsame und die Volkskraft verheerende Weltpolitik ausgesprochen haben, wäre es übel angebracht, wollte ich den Parteitag mit langen Ausführungen behelligen. In der von der herrschenden Klasse betriebenen Weltpolitik wird der Gegensatz zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Welt offenbar. Im Kampf gegen den Militarismus, welcher der Träger der europäischen Weltpolitik ist, findet die Sozialdemokratie ihren Beruf, und ich glaube recht zu haben, wenn ich behaupte, daß die Weltpolitik, die jetzt betrieben wird, wesentlich durch diejenigen Erscheinungen in der bürgerlichen Gesellschaft verursacht wird, welche die Sozialdemokratie am allerenergischsten zu bekämpfen hat.

Ich habe Ihnen eine Resolution unterbreitet, und ich möchte an der Hand derselben nachweisen, wie nothwendig es ist, daß der Parteitag Stellung zur Weltpolitik nimmt. Während wir uns bisher mehr oder weniger mit der Regelung unserer Partei-Angelegenheiten beschäftigt haben, während wir uns bisher damit beschäftigt haben, unsere Organisation zu einer thatkräftigeren zu gestalten, befassen sich die nächsten Gegenstände der Tagesordnung mit den allgemeinen Verhältnissen. Es sind Gegenstände, die die Arbeiterklasse auf das Tiefste berühren; das gilt sowohl von der Weltpolitik, als auch von der Verkehrs- und Handelspolitik.

Meine Resolution legt einleitend den Zweck der Weltpolitik dar und führt aus, worauf sich diese Politik stützt. Es heißt da zu Anfang: Der Parteitag erklärt:

„Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsgelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpiren trachtet."

Ich bitte Sie, diesen Sätzen zuzustimmen. Es entspricht ja der Geschichts- und ökonomischen Auffassung der Sozialdemokraten, die Ursachen festzustellen, welche in der Politik in Erscheinung treten, und es kann nach meiner Meinung nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß wir die Gründe dieser abenteuerlichen chauvinistischen Weltpolitik zu suchen haben in der Beutegier des Kapitalismus. Die Entwickelung des Kapitalismus hat dahin geführt, daß durch die Konzentration des Kapitals und durch die dem Kapital innewohnende Expansionskraft er seiner Gier nach Vermehrung nicht mehr im Inland Ausdruck geben kann. Das Streben des Kapitalismus geht dahin, alle Ausbeutungsgelegenheiten zu benutzen, welche es ihm ermöglichen, sich immer mehr zu konzentriren.

Diese Politik beruht, wie ich weiter in meiner Resolution sage, auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosen Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubsucht durch die verwerflichsten, ja selbst unmenschlichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen.

Wer die Entwickelung dieser Weltpolitik in den letzten Jahren beobachtet hat, der weiß, daß die Folgen dieser Politik in diesen Sätzen richtig gekennzeichnet worden sind. Im Namen der Zivilisation, im Namen der Kultur wird sie angeblich betrieben, die Mittel aber, welche für sie aufgewendet werden, sind der blutigste Hohn auf Zivilisation, auf Kultur. Diese Weltpolitik ist eine Raubpolitik, eine Eroberungspolitik, die unbekümmert um die Gesetze der Moral und

Sittlichkeit einfach auf den Gesetzen der brutalen Gewalt basirt und mit den Machtmitteln, welche die Entwickelung der Bourgeoisie geschaffen hat, sich fremde Länder aneignet und die dort wohnenden Völkerschaften unterdrückt.

„Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisirenden Mächte, und in Folge dessen zu unerträglichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen Kultur- und Verkehrsbedingungen in Frage stellen und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen." Auch diese Sätze entsprechen den Thatsachen, wie sie uns die Weltpolitik, die Kolonialpolitik gezeigt hat. Ich werde nachher vielleicht des Näheren noch darauf kommen müssen; ich will an dieser Stelle nur betonen: die Entwickelung, welche die Chinapolitik genommen hat, zeigt deutlich, daß diese überseeische Eroberungs- und Raubpolitik zu Reibungen der Mächte untereinander führt, und daß aus dem angeblichen gemeinsam im Interesse der Zivilisation, der Kultur unternommenen Eroberungszug leicht ein Schlachten zwischen den Völkern werden kann, welche durch ihre Regierung, durch die Bourgeoisie ihrer Länder in jene Verhältnisse hineingetrieben worden sind. In Bezug auf diesen Theil der Frage können wir uns ja auf die Stellung berufen, welche die Sozialdemokratie von jeher eingenommen hat. Wir sind der Meinung, daß Kultur und Zivilisation nicht gefördert werden können durch Militarismus zu Wasser und zu Lande. Man scheint in den regierenden, in den herrschenden Klassen der Meinung zu sein, Deutschland müsse seine Nase überall hineinstecken, wo auf der Welt etwas los ist. Wir betrachten das nicht als die Aufgabe des deutschen Volks; wir meinen, daß das deutsche Volk die Lasten, die ihm durch die Weltpolitik auferlegt werden, auf viel bessere, die Kultur und die Zivilisation fördernde Weise im Inlande verwenden kann.

Wenn wir die Verhältnisse bei uns berücksichtigen, wenn wir sehen, wie die übergroße Mehrheit des Volks in allen Ländern in Noth und Elend leben muß, und wenn wir auf der anderen Seite sehen, daß der Nutzen aus dieser Weltpolitik nur in der Vergrößerung militärischen Ruhmes und möglicherweise der Dividende einer Anzahl von Kapitalisten besteht, die ganzen Lasten an Gut und Blut aber von der breiten Masse der Bevölkerung getragen werden müssen, dann haben wir ein Recht, dieser Politik einen entschiedenen Widerspruch entgegenzusetzen und der herrschenden Gesellschaft zuzurufen: wenn sie der Kultur und Zivilisation dienen will, dann soll sie im Lande diejenigen Einrichtungen schaffen, die nothwendig und geboten sind, um die breite Masse der Bevölkerung, um die Arbeiterklasse in bessere, in menschenwürdige Verhältnisse zu bringen.

Weiter sagt die Resolution:

„Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutigste Hohn auf Kultur und Zivilisation."

Wir können als sozialdemokratische Partei selbstverständlich keinen anderen Standpunkt einnehmen, als daß wir uns gegen eine Politik erklären, welche nur durch Unterdrückung und Unterjochung anderer Völker geführt werden kann. Wohl wollen wir Handels- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde, wohl haben auch wir den Wunsch, daß die Arbeit des Volkes in Industrie

und Handel Gelegenheit bekommt, auch über den Bedarf des eigenen Landes hinaus andere Länder mit den Erzeugnissen unsrer Produktion zu versorgen. Wohl sind auch wir entsprechend unserem Programm der Meinung, daß eine Annäherung aller Völker der Erde versucht und gefördert werden muß; aber wir verwerfen die Mittel, welche die herrschende Gesellschaft anwendet, weil sie der Ausfluß des brutalen Egoismus sind und der Ausfluß einer Politik, die mit der Kultur und Zivilisation nicht das Geringste zu thun haben. Wir brauchen ja die Kolonialpolitik, wie sie nicht zum Wenigsten in Deutschland geführt wird, nur einen Augenblick ins Auge zu fassen. Steigt nicht jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht, wenn wir von den Thaten eines Leist, eines Peters, eines Arenberg in unseren Kolonien lesen? Die Kolonialpolitik, welche Deutschland treibt, ist, ganz abgesehen davon, daß sie in den Kolonien, die sich Deutschland ausgesucht hat, keine Aussicht auf Erfüllung ihrer Wünsche giebt, eine Politik des beschränktesten Assessorismus, eines beschränkten Bureaukratismus und des brutalen Militarismus. Im Namen der Zivilisation geht man, in der einen Hand die Bibel, in der anderen die Flinte, nach fernen Ländern; im Namen der Zivilisation raubt man den Leuten ihr Land, und wenn sie sich dagegen wehren, schießt man sie wie die Hunde nieder; im Namen der Zivilisation zwingt man sie in die ökonomische Sklaverei der Eroberer, und das nennt man dann Kulturpolitik, das nennt man Zivilisation! Das Volk hat dabei keinen Nutzen davon und kann keinen haben.

Das neueste Kind der kolonialen Utopisterei, Kiautschou — wir haben ja gesehen, zu welchen Verhältnissen diese famose Pachtung auf 99 Jahre, dieser „Platz an der Sonne" geführt hat. Da sprach man auch von dem Nutzen für Handel und Industrie und damit auch für die Arbeiterschaft; — ich habe schon früher ausgesprochen: weit entfernt, der deutschen Arbeiterklasse irgend einen Nutzen zu schaffen, werden im Gegentheil diese kolonialen Erwerbungen und namentlich auch die neue chinesische Erwerbung für die deutsche Arbeiterklasse, ganz abgesehen von den Lasten finanzieller und persönlicher Natur, auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse erheblichen Schaden stiften. Da behauptet man, daß durch die deutsche Industrie der Bedarf der chinesischen Bevölkerung gedeckt und damit dem deutschen Arbeiter Arbeit und Brod geschaffen werden soll. Man müßte doch die kapitalistische Wirthschaft nicht kennen, wenn man nicht von vornherein darüber klar wäre, daß, weit entfernt, die Produkte, die drüben Absatz finden können, in Deutschland herzustellen und damit der deutschen Arbeiterklasse Gelegenheit zu lohnender Beschäftigung zu geben, der internationale Kapitalismus in China selbst Fabriken errichten wird; in China selbst werden die Schornsteine rauchen und die Produkte angefertigt werden, unter Benutzung der billigen Arbeitskräfte der Kulis, um dann im Inlande abgesetzt zu werden; also gerade das Gegentheil von Vortheil für die Arbeiter. Die Mittel der Arbeiter, mit denen die chinesische Politik betrieben wird — denn sie stammen aus den indirekten Steuern und Zöllen — dienen nur dazu, dem Kapital die Möglichkeit zu geben, in China zu produziren und chinesische Arbeiter als Lohndrücker zu benutzen. Schon jetzt werden, wie wir erst gestern wieder gehört haben, chinesische Heizer auf deutschen Handelsschiffen verwendet. Vor einigen Jahren wurde schon versucht, in der Landwirthschaft auswärtige Arbeiter den deutschen Arbeitern als Lohndrücker auf die Nase zu setzen. So werden durch die Kolonialpolitik die materiellen, von den Arbeitern in der Hauptsache aufgebrachten Mittel, zum Schaden der Arbeiter verwendet. Man möge sich nicht etwa einreden, daß wir Sozialdemokraten, die wir auf unser internationales Bekenntniß stolz sind, den auswärtigen Arbeitern nicht gönnen, sich lohnende Arbeit in Deutschland zu suchen. Der große Gedanke der Internationalität ist eben der, daß überall bessere Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter geschaffen werden. Es ist nicht die Zuwanderung auswärtiger Arbeiter wogegen wir

uns wenden. Wir wollen nur nicht, daß auswärtige Arbeiter dazu benutzt werden, um die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter herabzudrücken. (Sehr richtig!) Wohl aber wollen wir, daß die auswärtigen Arbeiter in den Organisationen Schulter an Schulter mit den Deutschen für die Verbesserung auch ihrer Lage kämpfen.

Der zweite Theil der Resolution beschäftigt sich mit der deutschen Chinapolitik. Im Einverständniß mit Freunden habe ich den fünften Absatz meiner Resolution geändert, so daß der ganze zweite Theil also lautet:

„Der Parteitag erklärt im Besondern: Die deutsch-chinesische Kriegspolitik, für welche die Reichsregierung die Verantwortung übernommen hat, beruht außer auf der allgemeinen Profitwuth der Bourgeoisie auf militärischer Ruhmsucht und auf der chauvinistischen Leidenschaft, ein „größeres Deutschland" zu schaffen.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche, gewaltsame Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert.

In den ohne Befragung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppensendungen nach China sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammentritt des Reichstags für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolutistische Gewaltpolitik der Regierung, sowie die volksfeindliche Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regiment Vorschub leisten.

Der Parteitag fordert schließlich alle Organe der Partei auf, durch energische Ausbreitung der Protestbewegung die volksschädliche Chinapolitik zu bekämpfen."

Parteigenossen! Wir müssen uns klar darüber sein, daß es im Augenblick nicht unsre Aufgabe sein kann, über einen in der Luft schwebenden Begriff von Weltpolitik zu sprechen. Es ist mir nicht darum zu thun, in theoretische Erörterungen darüber einzutreten, welche Weltpolitik etwa die Sozialdemokratie zu fördern berufen ist. Ich glaube, wir können die Arbeit so lange verschieben, bis die Sozialdemokratie im Besitz der politischen Macht im Stande ist, sozialdemokratische Weltpolitik zu treiben. (Sehr gut!) Unsere Aufgabe ist es, die Thaten der kapitalistischen Welt und die deutsche Chinapolitik zu erörtern und Stellung dagegen zu nehmen. Die deutsche Chinapolitik, die in der Weltpolitik ihren Ursprung hat, setzte ein mit dem Bestreben, deutschen Besitz in China zu erwerben und durch die Besitznahme einer Provinz in China festen Fuß zu fassen. In welcher Weise diese Chinapolitik sich dann entwickelt hat, ist allseitig bekannt. Die letzten Wochen haben die Anhänger der Chinapolitik in Siedehitze versetzt. Ich brauche den Parteitag nicht an die letzten Vorgänge zu erinnern. Sie wissen, daß ein Geistlicher, von der Hunnenaufgabe des deutschen Volks begeistert, gesprochen hat von einem heiligen Krieg, von einem neuen Kreuzzug. Die Politik, die in China von der deutschen Regierung geführt wird, ist in allen ihren Phasen falsch, volksschädlich und verwerflich. Soweit die materielle Seite in Frage kommt, trifft für die Chinapolitik das zu, was ich von der Weltpolitik gesagt habe. Auch die Chinapolitik steht im Dienste militaristischer Eroberungssucht, chauvinistischen Landhungers und der kapitalistischen Interessen der Bourgeoisie. Die militaristische Eroberungssucht ist der Ausdruck des Wunsches, die Milliarden, die bei uns für Militär und Marine ausgegeben worden, endlich zu fruktifiziren. Der chauvinistische Landhunger wird hauptsächlich vom Alldeutschen Verbande gepredigt, der jeden Morgen ein paar Engländer zum Frühstück verzehren möchte.

(Heiterkeit.) Und die kapitalistischen Interessen der Bourgeoisie sind es schließlich, die, soweit überhaupt Kreise der Bevölkerung dabei in Frage kommen, wesentlich die Chinapolitik anregen und befördern. Die Kolonial-Aktiengesellschaften, die großen Fabrikanten der Schiffs- und Kriegsausrüstungen haben ein sehr begreifliches Interesse an der Chinapolitik. Uns wird vorgeworfen, wir seien international — in unseren Augen ist das natürlich kein Vorwurf — und diese Verfertiger von Mordwerkzeugen sind so national, daß sie dem Feinde ihre Mordwerkzeuge verkaufen, um deutsche Soldaten zu vernichten. (Sehr richtig!) Die Bourgeoisie, die gegen die Internationalität der Sozialdemokratie geifert, respektirt selber keine Landesgrenze. Das ist in der Chinapolitik deutlich zu Tage getreten.

Noch in einer anderen Beziehung muß die Chinapolitik der deutschen Regierung beleuchtet werden. Sie wissen, daß die deutsche Regierung Schiffe ausgerüstet, Truppen nach China gesendet und schließlich auch den Oberfehlshaber geliefert hat. Freilich stellt es die Tagespresse so dar, als ob Graf Waldersee zum Weltmarschall auf Veranlassung Rußlands geworden wäre. Wir müssen aber doch sagen, die deutsche Chinapolitik hat sich von vornherein am drastischsten und kriegerischsten geberdet; so daß man es schon für richtig halten konnte, in diesem modernen Kreuzzug einen deutschen Oberbefehlshaber zu ernennen. Ich will mich auf diese Vorgänge nicht so tief einlassen. Jedenfalls ist unbegreiflich, daß die deutsche Regierung es übernommen hat, den Oberbefehlshaber zu stellen. Man rühmt dem Grafen Bülow besondere Klugheit nach. Ich vermag in der ganzen Aktion keine Klugheit zu erkennen. Die anderen Mächte handeln von ihrem Standpunkt aus klug, wenn sie die ganze Verantwortung für alle Dinge in China der deutschen Regierung zuschieben. (Sehr richtig!) Warten wir ab, ob Waldersee überhaupt in die Lage kommt, in China eine Mission zu erfüllen. (Heiterkeit.) Waldersee hat jedenfalls die Lorbeeren, die er im Chinafeldzug erringen sollte, schon als Vorschuß vor der Abreise erhalten. (Heiterkeit.) Seine Siege sind schon vorher eskomptirt worden. Ueberhaupt entsteht die Empfindung, als ob man diesen Chinafeldherrn nach und nach zu einer Operettenfigur gemacht hat. (Heiterkeit.) Ueberbieten können unsere Chauvinisten sich in ihren Ovationen schwerlich selbst nach großen Siegen noch, die sie erhoffen. (Sehr richtig!)

Der letzte Theil meiner Resolution weist auf die Verfassungswidrigkeit und Ungesetzlichkeit hin, mit der die Regierung über Truppen und Geldmittel verfügt, ohne die Volksvertretung zu fragen. Ich möchte dabei nicht mißverstanden werden. Wenn ich mich gegen die Ausschaltung des Reichstags wende, so soll das nicht so aufgefaßt werden, als ob ich vom Reichstag Widerstand gegen die Regierung erwartete. Nein, es beweist, meine ich, eine außerordentliche politische Kurzsichtigkeit der Regierung, daß sie den Reichstag nicht einberufen hat. Wäre man in der Wilhelmstraße klug — zu dem modernen Kreuzzug nach China hätte man schon längst den Millionensegen des Reichstags einheimsen können. (Sehr richtig!) Von einem Nein kann bei der jetzigen Zusammensetzung des Reichstags keine Rede sein. Wäre er zusammenberufen worden, so hätte nur die Sozialdemokratie mit der ihr eignen Entschiedenheit gegen die Verwerflichkeit der Chinapolitik protestirt, vielleicht von der einen oder andren Seite unterstützt — bewilligt aber wäre Alles worden. Die „regierende Partei", das Zentrum, hätte zu all seinen volksfeindlichen Handlungen auch noch die Bewilligung der Kredite und die Billigung der Chinapolitik auf sich genommen. Ich habe sogar die Vermuthung, daß von jener Seite auf die Regierung eingewirkt worden ist, den Reichstag nicht zusammenzuberufen (Hört! hört!), um später sagen zu können: es war nichts mehr zu ändern, wir mußten jetzt Alles bewilligen. (Sehr richtig!)

Trotzdem hat der Parteitag allen Anlaß, gegen den Regierungs-Absolutismus zu protestiren, der die Volksvertretung ausschalten möchte. Eine 80 Millionen-Anleihe wird auf den amerikanischen Markt geworfen, Tausende von deutschen

Soldaten werden in ein mörderisches Klima geschickt, ohne daß es für nöthig erachtet wird, der Volksvertretung ein Wort zu gönnen. Wir sind auch hier die einzigen konsequenten Vertheidiger der Volksrechte, das bischen Konstitutionalismus, das heute durch die Volksverfassung gewahrt ist, muß von uns vertheidigt werden gegen das Andringen der Reaktion. Die Mißachtung des Parlaments, die in seiner Nichteinberufung liegt, muß im Reichstag selbst gebrandmarkt werden. Wir müssen Alles daran setzen, um die Regierung zu zwingen, den Reichstag sofort zusammenzurufen. Deshalb habe ich auch den Schlußsatz in meiner Resolution für erforderlich gehalten. Frl. Luxemburg hat es gestern beklagt, daß die Partei bisher nicht entschieden genug gegen die Weltpolitik aufgetreten ist. Sie irrt. Was bisher darin schon geschehen ist, könnte auch ihren Ansprüchen genügen. Erfreulich war die Einmüthigkeit, Entschlossenheit und Energie, mit der die Genossen überall die Weltpolitik bekämpft haben. In Bayern haben erst jüngst 35 Versammlungen stattgefunden. Dasselbe ist in den großen Zentren der Bewegung geschehen. Wenn ich trotzdem eine Mahnung an die Parteiblätter im Schlußsatz meiner Resolution richte, so geschieht es, weil die Kritik im Reichstag allein nicht den Erfolg haben kann, den wir wünschen. Die Bewegung muß über die Reichstagshallen hinausgehen. Das Volk muß den herrschenden Klassen zeigen, daß es nicht dulden will eine Politik der Verrohung und Gewalt, eine Raub- und Eroberungspolitik. (Bravo!)

Vor Allem müssen, wenn der Reichstag, sei es zu einer ordentlichen, sei es zu einer außerordentlichen Tagung, für diese Frage im Herbst zusammentritt, die bürgerlichen Parteien von außen her erinnert werden an das, was zu thun ihre Pflicht ist. Ich glaube, daß der Parteitag diese Resolution annehmen wird und daß damit beschlossen wird die energische Fortführung des Kampfes gegen die Gewalt- und Eroberungspolitik. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, der Weltpolitik des Militarismus, des Chauvinismus und des Kapitalismus entgegenzusetzen die Weltpolitik des Proletariats. Dem Kampf der Ausbeuter um die Beute wollen wir entgegensetzen die internationale Solidarität der Ausgebeuteten. Wir wollen eine Weltpolitik des Völkerfriedens, wir wollen eine Weltpolitik der Verbrüderung, wir wollen aber keine Weltpolitik des Kampfes, des Militarismus. Wir wollen vor Allem keine Weltpolitik, die dazu führen muß, die breiten Massen der Bevölkerung in noch größere Abhängigkeit, in noch größere Unterdrückung, in noch größere Ausbeutung zu bringen. Mit der Annahme der Resolution verpflichten wir uns zur Fortführung des Kampfes, mit der Annahme der Resolution erfüllen wir ein Vermächtniß Wilhelm Liebknecht's. Wir wollen damit bezeugen, daß wir kämpfen wollen nach wie vor gegen diese Gewaltpolitik; wir wollen aber auch bezeugen, daß wir diesen Kampf führen wollen im Sinne Liebknecht's: stets in der Offensive, niemals in der Defensive. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.)

Müller-München: Es besteht wohl nicht der geringste Zweifel darüber, daß wir Alle und ein sehr erheblicher Theil des Volkes mit den Ausführungen Singer's und seiner Resolution einverstanden sind. Ich halte es aber für nöthig, daß allgemein bekannt wird, daß namentlich in Süddeutschland eine ganz außerordentliche Entrüstung über diese Gewalt- und Rachepolitik herrscht, und daß bei der Betrachtung dieser Politik und ihrer Ursachen die ökonomischen Momente entschieden zurücktreten hinter den Bedenken gegen das absolutistische Regiment im Reich. Nicht nur die Arbeiterklasse, die sich ja selbstverständlich gegen jede Ueberspannung der Militär- und Marinepolitik aufbäumt, und gegen jede überspannte Militär- und Marinepolitik energisch Protest erhebt, sondern auch weite bürgerliche Kreise sind mißvergnügt über gewisse Reden und Predigten und ähnliche Erscheinungen. Selbst sehr staatserhaltende bürgerliche Kreise halten es an der Zeit, energische Worte gegen die im Reich mit seiner scheinkonstitutionellen Regierung eingerissenen Zustände zu ergreifen. Erst gestern hat in einem kleinen

bayerischen Ort der Generalissimus des bayerischen Zentrums, Dr. Daller, sehr kräftige Worte in dieser Beziehung gesagt, und auch bayrische Zentrumsblätter protestiren gegen diese Reden. Ja, selbst ein liberales bayerisches Blatt, das sonst sehr für den Fürsten Hohenlohe und den Grafen Bülow schwärmt, hat von „unangenehmen Nebenerscheinungen" bei dem chinesischen Abenteuer gesprochen. Aber diese „unangenehmen Nebenerscheinungen" sind für uns die Haupterscheinungen, es sind die Resultate des bei uns eingerissenen Absolutismus. Leider darf ja bei der Zimperlichkeit der Geschäftsführung im Reichstag auch dort nicht mehr das richtige Wort gesagt werden; umsomehr freuen wir uns, daß es wenigstens noch in einigen Landtagen möglich ist, von Zeit zu Zeit der Katze die Schelle umzuhängen und zu sagen, was die Glocke geschlagen hat. Man hat auch in bürgerlichen Kreisen die ernsteste Befürchtung bezüglich der weiteren Entwickelung dieses eigenartigen Zustandes. Leider hat das bayrische Zentrum vielleicht den Muth, nicht aber die Macht. Die Macht liegt bei der Mehrheit des preußischen Zentrums und diese Mehrheit ist absolute Regierungspartei geworden. Die Töne, die jüngst in Bonn erklungen sind, haben deutlich bewiesen, daß man gesonnen ist, auch noch weiter die Schäferflöte am Ruhepfühl des Onkel Chlodwig zu blasen. Der Eiertänzer des Zentrums, Dr. Lieber, hat sich dagegen verwahrt, daß in seine fein gesponnenen Netze ein Kürassierstiefel tritt. Gemeint waren damit die extremen Organe des Zentrums, die die Einberufung des Reichstags forderten. Das Zentrum ist nicht bereit, im Namen des Volkes einen energischen Protest gegen die Weltpolitik einzulegen. Umsomehr müssen wir das thun.

Wir sind aber verpflichtet, auch gegen eine andere Maßregel zu protestiren und eine entschiedene Protestresolution zu Gunsten des unterdrückten Transvaalvolkes anzunehmen. Ich schlage Ihnen im Einverständniß mit einigen Genossen folgende Resolution als Zusatz zu der Resolution Singer vor:

> „Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt sich in Uebereinstimmung mit den organisirten englischen Arbeitern gegen den Raubkrieg des englischen Kapitalismus, der zur gewaltsamen Unterdrückung der Transvaal-Republik geführt hat.
>
> Der Parteitag erkennt in dieser brutalen Aktion eine Wirkung jenes völkerverwüstenden Kapitalismus, der Klassen und Nationen zum Vortheil einer kleinen Anzahl skrupelloser kapitalistischer Beutepolitiker ausplündert und unterjocht.
>
> Da die bürgerlichen Klassen in Deutschland in erheuchelter sittlicher Entrüstung über diese Raubpolitik sich nicht genug thun konnten, jetzt selber sich durch ihre Chinapolitik zum Mitschuldigen gemacht haben, erhebt die deutsche Arbeiterklasse ihre Stimme für Humanität, Kultur und das Selbstbestimmungsrecht der Völker."

Ich bitte Sie, auch dieser Resolution Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Nur noch ein Wort zu dem letzten Passus der Resolution Singer. Ich stimme bezüglich der Agitation im Lande der Genossin Luxemburg bei. In dieser Hinsicht muß mehr geschehen. Wir „rückständigen Bayern" haben in Mittelfranken allein 30 Versammlungen gehabt, und allerseits wurde eine geschlossene Aktion der Partei verlangt. (Sehr wahr!) Nun, das Versäumte kann, da wir ja glücklicherweise den Zustand des Absolutismus noch eine Zeit lang haben werden, nachgeholt werden. Das muß mit allem Nachdruck geschehen. Dieser Zustand muß derart gegeißelt werden, daß auch an die verstopftesten Ohren der Ruf dringt: Fort mit der gemeingefährlichen Weltpolitik! (Lebhafter Beifall.)

Von **Adler**-Kiel wird beantragt, als vorletzten Satz in die Singer'sche Resolution einzufügen:

> „In der Uebernahme des sogenannten Oberbefehls in China durch einen von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Offizier und der dadurch herbeigeführten festeren Verbindung mit dem chinesischen Abenteuer erblickt der

Parteitag wieder einen jener ungeschickten Akte unserer auswärtigen Politik, die Deutschland nach außen immer mehr als Friedensfeind bloßstellen, das deutsche Volk zu Gunsten kapitalistischer Kreise dem Weißbluten noch näher führen und Deutschland schließlich zum Spott der Welt machen."

Schoenlank-Leipzig: Der Kernpunkt der ganzen Weltpolitik Deutschlands für die Arbeiterschaft und die Mehrheit der Nation ist die praktische Frage der Auseinandersetzung mit dem persönlichen Regiment. Der Kampf gegen das persönliche Regiment wird prinzipiell allein von der Sozialdemokratie geführt. Wir sind ja jetzt dahin gekommen, daß wir sagen können, wir werden in Deutschland absolutistisch regiert, und die ganze sogenannte Konstitution ist nur Dekorations-Beiwerk, das ungefähr ebensolchen Werth habe, wie etwa zur Zeit Karl's I in England, als er 11 Jahre ohne Parlament regierte. (Sehr gut!) Die parlamentslose Regierung wäre vielleicht viel wirksamer als die Regierung mit einem Parlament, das nichts ist als eine chinesische Pagode (Heiterkeit), die nur mit dem Kopf wackelt, die aber auf alle Vollmachten verzichtet hat. Keine Vollmacht über den Militäretat! Keine Vollmacht über den Marineetat! Ja selbst das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstags, die wichtigste Waffe, ist längst zerbrochen mit Hilfe der bürgerlichen Parteien. Wie verhält es sich denn mit der Reichsverfassung? Wir haben einen einzigen wirklich verantwortlichen Beamten, den Reichskanzler, aber wo ist Onkel Chlodwig? Er hat die ganze Zeit in der idyllischen Ruhe von Werki, wo man Bären jagen kann und nichts von ostasiatischen Dingen hört, sich aufgehalten und deutlich kundgegeben, daß er nichts damit zu thun haben will. (Heiterkeit.) Verantwortlich ist der Reichskanzler, und die Staatssekretäre, die jetzt die Politik machen, sind nur seine untergeordneten Beamten. Auch Herr von Bülow gehört, um mit Paul de Lagarde zu reden, zum „Reichsgesinde". Seit etwa einem Jahrzehnt ist der Herrscher zugleich sein eigener Kanzler; das persönliche Regiment tritt immer offenherziger und deutlicher auf, ohne sich der ministeriellen Bekleidungsstücke zu bedienen.

Womit begann denn unser China-Abenteuer? Es begann mit der Proklamation des Racheseldzuges. Diese Politik fing an mit der bekannten Etzelrede, die ja nicht in den „Reichs-Anzeiger" kam, weil die Zensur auch über kaiserliche Reden verhängt ist. Die Scherl'sche „Woche" ist ja jetzt das wichtigste offizielle Organ geworden, die Autotypetis ist Trumpf. Wir haben es erlebt, daß Leute, von denen man weiß, daß sie ganz nette Generalstabsoffiziere 1866 und 1870 gewesen sind, die aber noch nie ein großes Corps kommandirt haben, plötzlich als Weltgeneralissimi auf die Bühne treten. Einen Feldherrn, der keinen Rückzug kennt, haben wir; Friedrich II. und Bonaparte hatte Rückzüge zu verzeichnen. Interessant ist es auch, daß man hört, Rußland habe den Anstoß zur Entsendung Walderfee's nach China gegeben, während wenige Tage vorher im russischen „Regierungsboten", der amtlichen Zeitung, in der kein Wort erscheint, das nicht von der Zensur kontrollirt ist, ausdrücklich erklärt war, daß Wilhelm II. sich an den Zaren aller Reußen gewandt habe und daß erst auf diese Anregung hin Rußland den Vorschlag akzeptirt habe. Ohne Vollmachten der Volksvertretung wird dieser Feldzug nach China unternommen, und wenn Waldersee dort angekommen sein wird, werden die Dinge sich ja noch weiter verschoben haben, als man damals dachte. Wie ist es denn geworden mit dieser Aufforderung zum Rachekrieg? Hat denn die deutsche Fahne über Peking geflattert, als die Gesandten entsetzt wurden? Kein einziger deutscher Soldat ist dabei gewesen. Der Kampf, der bezeichnet ist als ein heiliger Krieg, als ein Kreuzzug, ist ja nur sozusagen, die Dekoration für die eigentlichen Absichten der Weltpolitik. Man rollt nur deshalb jetzt noch nicht das große gefährliche chinesische Problem auf, weil keine Macht der andern über den Weg traut, und weil die Auftheilung Chinas den Weltkrieg bedeuten würde. Die neue deutsche Weltpolitik ist ein untauglicher Versuch mit untauglichen

Mitteln am untauglichen Objekt (Beifall), sie wird betrieben ohne die einfache Berechnung der Machtmittel, die Deutschland zu Gebote stehen. (Dem Redner, dessen Redezeit abgelaufen ist, gestattet die Versammlung, noch weiter zu reden.)

Ich will Ihre Zeit nicht mehr lange in Anspruch nehmen. In diesen Dingen heißt es kurz, deutlich und offen zu sein. (Sehr gut!) Wir haben politisch und sozialpolitisch Fiasko gemacht. Unsere Sozialpolitik, die durch die kaiserlichen Erlasse inaugurirt wurde, endete mit der Zuchthausvorlage. Nach dem sozialpolitischen das weltpolitische Fiasko! Man lese nur die unabhängige englische und französische Presse. Man kümmert sich nicht um das Parlament, man ruft es nicht ein, weil man weiß, daß bereits eine Mehrheit für diese Khakipolitik vorhanden ist. Aber die Stimmung im Lande muß man beachten. Selbst ein Blatt wie die „Deutsche Tageszeitung" leistet sich eine scharfe Kritik, natürlich aus einem ganz bestimmten Grunde, weil das Ministerium Hohenlohe ihm noch nicht agrarisch genug ist. Und wenn sogar das dümmste Blatt Sachsens (Heiterkeit), die „Dresdener Nachrichten", das heutige Regiment scharf kritisirt, so ist das doch ein Zeichen dafür, daß dem deutschen Bildungsphilister schon die Angst ankommt. Das ist charakteristisch. Deutschland will eine furchtbare Züchtigung vollziehen, und jetzt schon muß es, um 80 Millionen zu bekommen, bei den Yankees pumpen gehen. Das heißt, daß unsere Khakipolitik sich finanziell ganz verfahren hat, daß die vorhandenen Mittel aufgebraucht sind. Bis heute ist noch nicht ernstlich die Nachricht aus Bayern dementirt worden, daß die Einzelregierungen die noch garnicht fälligen Gelder schleunigst nach Berlin abliefern mußten. Wir haben also nicht blos eine vollständige Desorganisation der Regierung, in der die nicht verantwortlichen Rathgeber viel mächtiger und einflußreicher sind als die verantwortlichen. Die wichtigsten Beschlüsse werden über den Kopf des Bundesraths und des Parlaments hinaus gefaßt. Onkel Chlodwig hat den Flottenplan erst aus dem „Reichs-Anzeiger" erfahren, man hat im Reichs-Marineamt mehr gewußt als an der verantwortlichen Stelle im Reich. Daran ändern alle lächerlichen offiziösen Dementis nichts.

Man zwingt das Volk, sich geduldig allen Intuitionen, Aspirationen und Gedanken unserer modernen Politik auszuliefern, ohne daß es auch nur das Recht hat, wenigstens über die Ausgaben durch seine Vertreter berathen zu lassen. Wir haben eine Regierung, wo ein Kuli des inneren Ministers gegen den anderen schreibt, wir haben eine Regierung, die uns in uferlose Abenteuer treibt, die uns der Gefahr der schwierigsten Krisen und der noch größeren Gefahr eines Weltkrieges aussetzt, dessen Ende und Konsequenzen nicht abzusehen sind. Finanziell ist das Volk bereits aufs schwerste durch die Flottenvorlagen belastet, eine neue Militärvorlage ist in Sicht, und wir müssen damit rechnen, daß der Chinazug uns noch Hunderte von Millionen kosten wird. Da haben wir, die wir heute noch in der Minorität sind, die wir als Vertreter der Arbeiterklasse noch nicht entscheidend in diese neue Phase der modernen Weltpolitik eingreifen können, die Pflicht und Aufgabe, die Massen aufzuklären und aufzurütteln und den Appell gegen die Weltpolitik ins Land zu tragen. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß in Folge des Hervortretens des persönlichen Regiments die Unzufriedenheit schon überall Wurzel gefaßt hat; unsere Aufgabe ist es, diese Unzufriedenheit zu einer klaren, zielbewußten Opposition, wie wir sie treiben, zusammenzufassen.

Im Innern persönliches Regiment und absolutistische Zustände, draußen die abenteuerliche Chinapolitik, das Experimentiren mit den gefährlichsten Stoffen ohne Rücksicht darauf, daß auch einmal die Retorte springen könnte. Deshalb müssen wir offen und rücksichtslos die Zustände zeigen, wie sie sind. Es handelt sich um den Kampf zwischen persönlichem Regiment und sozialer Demokratie, zwischen Volk und Volksfreiheit auf der einen und Absolutismus auf der anderen Seite. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Friedrich-Lübeck: Ich komme aus einer Handelsstadt, man sollte meinen, daß dort wenigstens Stimmung für eine Weltpolitik vorhanden wäre. Statt dessen sehen wir dort nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch im Mittelstande eine scharfe Mißstimmung gegen diese Khakipolitik! Man versuchte bei uns, einige Arbeiterkreise auf den national-sozialen Leim des Hunnenpastors Naumann zu locken; man hat keinen Erfolg gehabt, mit ihrer Hunnenpolitik haben sich die National-Sozialen ihr Grab vollends gegraben. In der Resolution des Referenten vermisse ich den Hinweis darauf, daß die Weltpolitik soziale Reformen im Innern verhindert. Ich hoffe, daß er diesen Gedanken noch einfügt. Für die Komödie der Weltpolitik haben die Arbeiter leider Gut und Blut einzusetzen. Von Zentrumsseite ist nichts zu erwarten, auch das bayerische Zentrum handelt im Reichstag oft anders, als es sich innerhalb seiner Wände vernehmen läßt. Die Resolution Singer's mit einem Ballast wie dem Antrag Adler über den Grafen Waldersee zu bepacken ist nicht nöthig. (Sehr richtig!) Wohl aber können wir dem heldenmüthigen Boerenvolk unsere Sympathie ausdrücken. Ich schließe mit dem Worte: die Weltpolitik, die Khakimanie machen wir nicht mit.

Ein Schlußantrag wird von Kramer-Darmstadt eingebracht und von Adler-Kiel bekämpft. Man möge den Redner zu Worte kommen lassen, der aus Kiel kommt, einer Stadt, die durch die neue Weltpolitik so zu sagen zu einer zweiten Hauptstadt Deutschlands gemacht worden ist.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Schmalfeldt-Bremerhaven: Singer hat ganz richtig gesagt, daß wir nicht gegen die Chinesen als solche auftreten, wenn sie in unserer Handelsmarine Verwendung finden, sondern gegen die Chinesen als Lohndrücker. Wenn Sie wissen, daß ein chinesischer Heizer 15 chinesische Dollar Heuer bekommt, d. h. 28 Mk. gegenüber 80—90 Mk. Heuer, die ein deutscher Heizer bekommt, dann haben Sie des Räthsels Lösung; die Lohndrücker und Streikbrecher sind ja aller Zeiten des Unternehmerthums verhätschelte Kinder gewesen. Ich muß Singer durchaus zustimmen, daß der deutsche Arbeiter von der Chinapolitik keinen Vortheil haben wird, nein, der deutsche Arbeiter und Handwerker wird ausgehungert werden bis aufs Hemd. Vergleichen Sie die Preise für Industrieprodukte hier und in China. Ich habe ein Paar Stiefeletten mitgebracht, in China angefertigt, die fix und fertig mit Zoll und Verpackung nur 3,50 Mk. kosten, bei uns nicht für 7 Mk. herzustellen wären. Nehmen Sie einstimmig die Resolution an.

Adler-Kiel: Wir, die wir den neuen Moloch Marinismus aus allernächster Nähe ansehen konnten, können die Lügen- und Interessennachrichten über die Hurrastimmung der Bevölkerung gründlich Lügen strafen. Von dieser weltpolitischen Freudenstimmung war nicht viel zu merken. Es waren ernste Gesichter, die hinauszogen, zum Theil mit Thränen in den Augen. Die Mobilmachung, von der so viel Rühmens in den Zeitungen zu lesen war, hat für das eine Seebataillon doppelt so lange gedauert, als 1870 die Mobilmachung eines ganzen Armeekorps. Das giebt zu denken. Die Flotte, die angeblich nothwendig war für den Schutz unserer Häfen und Küsten — nota bene fühlen wir uns in Kiel nicht schutzlos —, schickt man nach China hinaus. Als Hunnen sollen sie dort auftreten; aber als die Ersten, die das gelernt haben, nach Deutschland zurückkehrten, hat man ihnen verboten, zu erzählen, wie sie es gemacht haben. Wir haben gegen diese ganze Politik nicht nur zu protestiren, sondern es agitatorisch auszunutzen. Selten haben wir so günstige Gelegenheit gehabt, zu zeigen, wie den Kapitalisten zu Liebe das Volk zu arbeiten und zu bluten hat; und wenn eine Partei das Recht dazu hat, dagegen zu protestiren, so ist es die internationale Sozialdemokratie. Ich hoffe, daß die Stimme, die wir erheben, wirkungsvoll in die Lande hinausschallen wird. (Beifall.)

Rosa Luxemburg: Ich habe allseitig Bestätigung gefunden für die Bemerkungen, die ich gestern zu dem Agitationsbericht Singer's gemacht habe. (Fendrich ruft: Sogar von mir!) Die Antwort Pfannkuch's hat mich belehrt, daß ich mich in meinem unverbesserlichen Optimismus bei dem Partei-Vorstand bitter getäuscht habe; denn was Pfannkuch zur Entschuldigung der Unthätigkeit des Vorstandes gesagt hat, das war wirklich unter aller Kritik. Mit dem alten Ladenhüter, daß wir nicht ein Dutzend Bebel's u. s. w. haben, ist er wieder gekommen. Das ist immer die Antwort auf alle möglichen Beschwerden und Kritiken, so wie der Arzt bei Molière für alle Krankheiten nur ein Mittel kennt: Abführen und Klistir! (Heiterkeit.) Ich werde Ihnen zeigen, wie wir auch ohne die Vervielfältigung unserer agitatorischen Primadonnen Tüchtiges hätten machen können. 1. Hätte man aus Anlaß des chinesischen Krieges ein Manifest herausgeben sollen, welches die weiten Kreise über die Ungeheuerlichkeit dieser Politik aufklären müßte. 2. Hätten wir die mündliche Agitation einheitlich durch Direktiven seitens der Parteileitung und imposant gestalten können. Aber das ist es nicht allein. Der chinesische Krieg ist das erste Ereigniß der weltpolitischen Aera, in das alle Kulturstaaten verwickelt sind: und dieser erste Vorstoß der internationalen Reaktion, der heiligen Alliance hätte sofort durch einen Protest der vereinigten Arbeiterparteien Europas beantwortet werden müssen. Die Initiative darin hätte gewiß die Partei nehmen müssen, deren Land im Kriege gegen China die führende Rolle hat. (Zuruf: Paris!) Ich weiß, in einer Woche wird in Paris ein Protest beschlossen werden; aber es kommt doch nicht darauf an, daß die vereinigten sozialistischen Vertreter protestiren — von denen hat kein Mensch bezweifelt, daß sie geschworene Gegner des Krieges mit China sind —, sondern es kam darauf an, in allen Ländern die gleichgiltigen Volksmassen aufzurütteln, und in dieser Beziehung fürchte ich sehr, daß unsere Partei nicht nur im eignen Land sich eine Unterlassung hat zu Schulden kommen lassen, sondern auch in Bezug auf die internationale Solidarität. Wir machen uns wirklich in weiten Kreisen der Bevölkerung lächerlich. Wir wettern jeden Tag gegen die Weltpolitik, wir donnern gegen den Militarismus in Friedenszeiten; wo es aber einmal wirklich zum Krieg kommt, unterlassen wir es, das Facit zu ziehen und zu zeigen, daß unsere jahrelange Agitation auch wirklich in die Halme geschossen ist. Es ist wahr, die wichtigsten Ereignisse des chinesischen Krieges, die kaiserlichen Reden, die Absendung der Kriegsschiffe nach dem Orient, sind in die Ferienzeit gefallen. Aber um sich während eines folgenschweren Krieges, den Deutschland führt, Ferien zu gönnen, dazu muß man mindestens Reichskanzler sein; wir sind eine Oppositionspartei und als solche muß man auf dem Posten sein. Ich bringe das vor, nicht um an Vergangenem Kritik zu üben, sondern weil wir aus der weltpolitischen Aera jetzt nicht mehr herauskommen; solche Ereignisse können jeden Tag geschehen und da möchte ich, daß wir uns etwas mehr auf der Höhe zeigen. Wir werden in den nächsten Tagen über die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen berathen und sie, wenn nicht Alles trügt, beschließen. Der wichtigste Grund, wenigstens für mich, der einzig sympathische, der für die Betheiligung vorgebracht wird, ist doch der, daß wir neue Gebiete für unsere Agitation suchen müssen. Wie würde nun die Jagd nach neuen Agitationsgebieten aussehen, wenn wir unsere alten unbeackert lassen. Wo finden Sie eine bessere Gelegenheit zur Agitation als den Krieg, wo eine bessere Gelegenheit, die Massen aufzurütteln, als die neuesten Ereignisse? Hören Sie aber endlich einmal auf, uns mit den mangelnden Agitationsrednern aufzuwarten. Wenn ein einziger Redner genügte, um den Krieg einzuleiten, so werden wir wohl auch mit unseren Rednern eine Protestbewegung gegen den Krieg zu Stande bringen können, auch bevor sich unsere Bebel's, Auer's und Vollmar's wie die Kaninchen vermehren.

Düwell-Essen: Ich mache auf eine ganz besonders häßliche Begleiterscheinung der Weltpolitik aufmerksam. Als die Sammlungen für die Boeren in Fluß waren, als auf dem Werk des Oberpatrioten Krupp die Listen auslagen, da stellte es sich heraus, daß Krupp Granaten gegen die Boeren zu liefern im Begriff war. Jetzt werden aber sogar deutsche Soldaten durch Krupp'sche Kanonen und Granaten zerschmettert. Sie werden mit mir die Scheußlichkeit, die darin liegt, empfinden. Es wird angebracht sein, überall in den Protestversammlungen darauf hinzuweisen.

Hoffmann-Berlin: Ich werde Ihnen keine Rede über Weltpolitik halten, weil ich der Meinung bin, daß diese viel besser angebracht ist in Volksversammlungen. (Sehr richtig!) Ich stehe auf dem Standpunkt der Genossin Luxemburg und nehme nur das Wort, damit es nicht wieder heißt, es sei nur von einer Seite gesagt worden. An guten Versammlungsrednern fehlt es uns wahrlich nicht, wie die heutige Debatte gezeigt hat. Ich wünsche, daß der Parteitag den Beschluß faßt, daß das, was versäumt ist, nachgeholt wird.

Ulrich: Von Ledebour ist folgender Zusatzantrag zur Resolution Müller eingegangen: Hinter „Arbeiterklasse" im letzten Absatz die Worte einzufügen:

„deren Sympathie stets auf Seiten aller Unterdrückten oder für ihre Selbständigkeit und Freiheit kämpfenden Völker, auch bei dieser Gelegenheit . . ."

Fendrich-Karlsruhe: Sie werden mir zugestehen, daß, wenn ich einmal Fräulein Luxemburg zustimme, sie auch wirklich recht gehabt haben muß (Heiterkeit), und thatsächlich habe ich ihr schon gestern zugestimmt. Gerade die Süddeutschen, wie Müller, die im Geruche des Opportunismus stehen, und auch wir in Baden hatten die Empfindung, daß vom Norden her mehr Initiative gegen diesen weltpolitischen Kurs hätte gezeigt werden sollen. Die Chinatollen in der bürgerlichen Gesellschaft sprechen immer mit Bewunderung von der „Initiative" und der „Individualität" des Kaisers. Dieser Initiative sollten wir die unsere entgegensetzen. Ich bin nicht der Meinung, und da komme ich auf den eigentlichen Punkt der Genossin Luxemburg, daß wir, wie sie sagt, vor einer Reaktion stehen. Nein, wir stehen vor einer, vielleicht der letzten Entwickelungsstufe des Kapitalismus; das müssen wir einsehen, und daß wir noch zu schwach sind, dagegen wirksam aufzukommen. Das ist aber für uns kein Grund, jetzt nicht mit größter Energie dagegen loszugehen. Flammende Proteste müssen wir von dieser Stelle aus gegen die Weltpolitik schleudern. Mit seiner Sympathie-Erklärung für die Boeren hat mir Müller aus dem Herzen gesprochen. Die ganze Welt hat darauf gesehen, wie wir jetzt im Gegensatz zu einer anderen Stelle über die Boerenpolitik denken, und da sind kräftige Worte gut; in solchen Dingen ist nichts selbstverständlich.

Emmel-Mülhausen beantragt Schluß der Debatte. Ledebour spricht dagegen, weil er noch einen Gedanken auszusprechen habe, der bisher garnicht ausgesprochen worden sei; der Schlußantrag wird abgelehnt.

Ledebour-Dresden-Land: Was mich veranlaßt, in die Debatte einzugreifen, ist ein Wort in der sonst vorzüglichen Rede Schoenlank's: „Der Kernpunkt in dem Kampf gegen die Weltpolitik für uns ist der Absolutismus". Ich meine, das ist nicht der Kernpunkt der Sache. Der Kernpunkt ist das Aufwallen des gesammten Kapitalismus in allen Ländern zu einer Raubpolitik, die den europäischen, den amerikanischen Kapitalismus in die fernsten Welttheile führt. Gewiß erleichtern uns die Operetteneffekte die Agitation außerordentlich, denn sie erregen selbst das Ehr- und Schamgefühl unserer bürgerlichen Gegner zu Entrüstungsartikeln in der Presse. Aber im Wesen der Sache sympathisirt die Mehrheit der kapitalistischen Welt mit einer solchen eroberungslüsternen Weltpolitik. Man braucht doch nur darauf hinzuweisen, daß dieselbe imperialistische Raubpolitik von den verschiedensten Staaten des bürgerlichen Kapitalismus geführt wird. Wenn unsere Politik von einem Chamberlain oder

Mac Kinley geleitet würde, dann würden Sie sehen, daß die Leute, die jetzt ein Unbehagen über die Weltpolitik fühlen, Hosiannah jauchzen würden über die neue Aera der Raub- und Völkerunterdrückungs-Politik; genau so wie in England, wie in Amerika. So sehr uns also jetzt die Agitation erleichtert wird, dürfen wir nicht vergessen, darin stimme ich mit Fendrich überein, daß wir es mit welthistorischen Erscheinungen im letzten Stadium des Kapitalismus zu thun haben, die je nach den Entwickelungsstadien der einzelnen Länder bald diese bald jene Form annehmen, aber im Wesen überall gleich sind, im absolutistischen Rußland wie im konstitutionellen England, im republikanischen Frankreich und Amerika wie in Deutschland mit seiner undefinirbaren Regierungsform, die thatsächlich sogar noch unter Oesterreich hinuntergesunken ist. Und gerade weil wir als internationale Sozialdemokraten mit den Sozialdemokraten der anderen Länder einen gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistischen Erscheinungen zu führen haben, halte ich es auch für erforderlich, daß wir unsere Sympathie für die kämpfenden Boeren ausdrücken, die wohl Jeder von uns mit den heißesten Wünschen von Anfang an begleitet hat.

Wir haben leider bei dieser Bekämpfung der imperialistischen Seuche in der bürgerlichen Gesellschaft sogar damit zu rechnen, daß bereits einzelne Leute in unseren Reihen davon angekränkelt sind. Wir haben es erlebt, daß in einer Zeitschrift, die hier vertheilt worden ist, den „Sozialistischen Monatsheften", von dem Genossen Bernstein dieser imperialistischen Kolonialpolitik das Wort geredet ist. (Lachen.) Sie lachen, Genossen! Ich glaube, es ist kein Grund zu lachen, daß wir genöthigt sind, thatsächlich halb und halbe Befürworter solches Imperialismus in unseren Reihen zu bekämpfen. Die „Frankfurter Zeitung" hat mit großem Behagen diese und Ausführungen des Genossen Schippel über Handelspolitik zitirt und darauf hingewiesen, wie jetzt auch selbst für Kolonialpolitik in den sozialistischen Reihen Stimmen sich erheben; sie zitirt da den Satz: „Unter sonst gleichen Umständen hat die höhere Kultur gegenüber der niederen stets das größte Recht auf ihrer Seite, sie hat gegebenenfalls das geschichtliche Recht, ja die Pflicht, sich jene zu unterwerfen." Die „Frankfurter Zeitung" fügt hinzu: „Und dieser Mann lebt in Verbannung in London, während er doch nahezu reif ist, in unser deutsches Auswärtiges Amt einzutreten!" Das ist nur eine indirekte Bestätigung dessen, was ich vorhin gesagt habe. Wenn wirklich unsere Weltpolitik von Leuten von der Intelligenz und Thatkraft der Chamberlain oder Mac Kinley und auch Bernstein's, will ich sagen, geleitet würde, dann würde unser Kampf ein sehr viel schwererer sein. Von den bürgerlichen Parteien haben wir nichts zu hoffen. (Beifall.)

Kloth-Leipzig beantragt, der Resolution Singer nach dem dritten Absatz einzufügen:

„Als weitere Wirkung dieser Politik zeigt sich das Bestreben der Unternehmer und ihrer Verbände, unterstützt von der Regierung und ihren Organen, die nach außen betriebene Politik der Vergewaltigung auf das wirthschaftliche Leben zu übertragen, welches sich in Massenaussperrungen und Versuchen äußert, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten."

Quarck-Frankfurt: In den 10 Minuten möchte ich nur zweierlei hervorheben. Wenn nicht eine uferlose Weltpolitik ohne Zusammenhang mit den wirklich treibenden kapitalistischen getrieben würde, dann würden wir Deutsche nicht die Geschäfte für Andere besorgen und die Prügel dafür bekommen; an Stelle richtiger kapitalistischer Direktion wird Kasernenpolitik getrieben, und diese Weltpolitik führt zu einer erschreckenden inneren Verrohung. Wann haben wir früher Hunnenbriefe erlebt, wie sie deutsche Krieger jetzt nach Hause schreiben! Wann haben wir eine solche Verrohung des Tons in der nationalen Presse erlebt, wie seit dem Chinakurs. Bei uns sehen wir dieselbe Erscheinung wie in England seit dem Transvaalkrieg, eine vollständig kulturelle Erniedrigung.

In diesen zwei Punkten haben wir Sozialdemokraten den schärfsten. Protest einzulegen, den schärfsten Widerspruch gegen die Verbarbarisirung der Welt.

Hug-Bant: In dem Vorwurf gegen den Partei-Vorstand, daß er in dem Kampf gegen die Weltpolitik nicht die Initiative ergriffen hat, kann ich nicht einstimmen. Schon lange vor der Chinapolitik hat der Partei-Vorstand schätzenswerthe Anregungen gegen die Weltpolitik gegeben. Es wäre doch auch für uns aus der Provinz ein Armuthszeugniß, wenn für uns Alles nur aus Berlin kommen könne. Ebenso hat der Partei-Vorstand und der „Vorwärts“ während der Chinaereignisse in ausgezeichneter Weise die Führung übernommen. Von einer internationalen Kundgebung, wie sie gefordert worden ist, kann ich mir auch keine besondere Wirkung versprechen. Die Chinapolitik arbeitet für uns Sozialdemokraten schon so ausgezeichnet. Protestirt muß an dieser Stelle werden gegen die Art und Weise, wie gegen die um ihr gutes Recht kämpfenden Werftarbeiter von der Marineverwaltung vorgegangen worden ist. Ich habe die feste Erwartung, daß die Fraktionsmitglieder, wenn sie Gelegenheit finden, auch diesen Punkt der Regierung gehörig unter die Nase reiben.

Frohme beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wird angenommen.

Das Schlußwort hat

Singer: Ich bin in der sehr erfreulichen Lage, feststellen zu können, daß die Diskussion die Uebereinstimmung sämmtlicher Mitglieder des Parteitages, soweit sie zum Wort gekommen sind, ergeben hat, über die Nothwendigkeit, scharfen, entschiedenen Widerspruch zu erheben gegen die heutige Weltpolitik im Allgemeinen und gegen die vom Deutschen Reich getriebene Chinapolitik im Besonderen. Ich bin erfreut über diese Thatsache, obgleich sie mich nicht überrascht; denn das, was in der Partei auf diesem Gebiet bisher zum Ausdruck gekommen ist, ließ erkennen, daß in dieser Frage volle Einmüthigkeit herrscht, und diese Einmüthigkeit wird auch nicht beeinträchtigt durch irgend welche Preßäußerungen oder durch Aeußerungen einzelner Parteigenossen, die in scheinbarem Widerspruch damit stehen. Hier handelt es sich um die gegenwärtigen thatsächlichen Verhältnisse, und da darf ich es hervorheben — ich erachte es als einen Akt der Gerechtigkeit gegen einen Abwesenden —, daß der von Ledebour zitirte Parteigenosse Bernstein in Bezug auf die thatsächlichen Verhältnisse ganz unserer Meinung ist. Ich persönlich halte es allerdings mit Ledebour nicht für wünschenswerth und richtig, daß in der Sozialdemokratie Auffassungen zur Geltung kommen, wie Bernstein sie zum Theil vorgebracht hat. Aber es entspricht doch den Thatsachen, wenn wir das einmüthige Votum des Parteitages nach außen hin nicht dadurch beeinträchtigen lassen, daß man es so darstellen will, als ob der gegenwärtigen Welt-Kolonial- und Chinapolitik in unseren Reihen irgend ein Befürworter existirte.

Die Einwendungen und die Zusätze, die zu der von mir vorgeschlagenen Resolution gemacht worden sind, lassen Sie mich mit kurzen Worten berühren. Eine Resolution kann unmöglich alle auf diesem Gebiet einschlägigen Gesichtspunkte enthalten, denn sonst müßten wir eine Broschüre verfassen. Für mich hat es sich nur darum gehandelt, die großen leitenden Gesichtspunkte der Weltpolitik der herrschenden Klassen und die Gründe dagegen zu entwickeln, für mich hat es sich darum gehandelt, die prinzipielle Stellung unserer Partei gegen die verwerfliche Weltpolitik zu bekunden und in einer Resolution zusammenzufassen. Ich habe wenig Werth darauf gelegt, alle einzelnen Schäden dieser Politik in der Resolution zum Ausdruck zu bringen. Dafür war die Diskussion der geeignete Ort. Indessen erkenne ich gern die Anregung eines Genossen als berechtigt an, daß nämlich in Folge der Weltpolitik die sozialen Reformen im Innern vernachlässigt werden. Ich bin deshalb bereit, im Absatz 3 meiner Resolution hinter „in Frage stellen“ die Worte einzufügen: „soziale Reformen im Innern verhindern“. Damit bin ich dem Wunsch des Genossen nachgekommen, aber prinzipiell habe ich diesen Gesichtspunkt auch schon selbst in meiner Resolution betont, denn zu den mühsam errungenen Kulturbeziehungen, von denen ich sprach, gehören selbstverständlich auch die Reformen auf sozialem Gebiet. Indessen schadet es nichts, wenn man das nochmals ausdrücklich betont.

Anders stehe ich zu den Anträgen Adler und Kloth. Adler will, daß die Ungeschicklichkeit der Berufung des Grafen Waldersee besonders betont wird. Das ist ein Punkt, den man in der Diskussion zur Geltung bringt; aber wir als Sozialdemokraten sind doch nicht verpflichtet, der Regierung zu zeigen, wie sie klug sein soll. (Heiterkeit.) Die Regierung macht nicht die Politik der Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten machen nicht die Politik der Regierung. Wir haben in der Diskussion auf diese Ungeschicklichkeit der Berufung des Generalissimus hingewiesen, ich halte es aber nicht für unsere Aufgabe, das in der Resolution zu betonen, zumal da sie dadurch unnöthig belastet würde. Was den Antrag Kloth betrifft, so kann man sehr zweifelhaft darüber sein, ob wirklich die Vergewaltigungen der Arbeiter eine nothwendige Folge der Weltpolitik sind. Glauben Sie denn ernstlich, daß, wenn die Weltpolitik nicht betrieben würde, keine Vergewaltigungen der Arbeiter stattfänden? Nein, der Kampf zwischen Arbeiterklasse und herrschenden Gewalten, den wir seit 30 Jahren ohne Weltpolitik geführt haben, wird sich fortsetzen bis zum endgiltigen Sieg der Sozialdemokratie mit oder ohne Weltpolitik. (Sehr richtig!) So berechtigt an sich die Verurtheilung dieser Maßregeln ist, so wenig ist es geeignet, das in dieser Resolution zu betonen.

Die Annahme der Resolution Müller empfehle ich mit dem Zusatz Ledebour. Ich habe keinen Zweifel, daß auf dem internationalen Kongreß in Paris die internationale Sozialdemokratie zu einem Urtheil über die Transvaalpolitik gelangen wird. Aus diesem Grunde hätte ich nicht das Bedürfniß gehabt, den deutschen Parteitag mit dieser Frage in diesem Augenblick zu befassen; nachdem aber die Resolution einmal gestellt ist, bitte ich, sie anzunehmen.

Schließlich noch ein Wort über die Ausführungen gegen die Thätigkeit des Partei-Vorstandes in dieser Frage. Ich habe die Empfindung, daß der imposante Charakter der Manifestation, welche von hier ausgehen soll gegen die Weltpolitik, besser gewahrt worden wäre, wenn das, was gestern bereits genügend erörtert ist, nicht noch einmal, fast möchte ich sagen, mit in den Vordergrund der Diskussion gestellt wäre. Andererseits erblicke ich ein Zeichen der Kraft unserer Partei darin, daß hier die Kritik gegen das Verhalten der Führer so lebhaft einsetzt. Wir werden gern alle Anregungen mit Dank annehmen, aber so schlimm, wie Frl. Luxemburg es gemacht hat, liegt die Sache denn doch nicht. So ganz war die Partei nicht in einen Dornröschenschlaf verfallen, so schweigsam war die Partei nicht, so wenig agil war auch die Parteileitung nicht. Vergessen wir doch nicht, daß unser vornehmstes Agitationsmittel, unsere Presse, Tag für Tag wiederhallt von einer Verurtheilung der Weltpolitik. Erinnern Sie sich weiter der Diskussion im Reichstag bei den Marinevorlagen, beim Kolonialetat! Haben wir da nicht in schärfster Weise die Weltpolitik verurtheilt? Daß eine Bewegung dagegen hervorgerufen werden soll, ist auch unsere Meinung. Das sagt auch meine Resolution.

Im Uebrigen wird die lebendige Agitation, die das Votum dieses Parteitags einleitet und die das Votum des internationalen Kongresses verstärken wird, ihre Wirkung nicht verfehlen; sie wird zum Ausdruck bringen die Unversöhnlichkeit der Arbeiterklasse aller Länder mit der Raubpolitik, der Weltpolitik und der Politik des Kapitalismus, dem heute alle Nationen unterworfen sind.

Ich hoffe, der Parteitag wird meine Resolution annehmen und dann können wir, gestützt auf das Votum der stärksten Partei des Deutschen Reiches,

gestützt auf das Votum des arbeitenden Volkes, in den Kampf gegen die Weltpolitik ziehen. (Lebhafter Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt

Ledebour: Ich habe nicht gegen Bernstein den Vorwurf erhoben, daß er für die jetzige deutsche Weltpolitik sich erklärt habe. Ich habe einen Satz aus seinem Artikel verlesen und festgestellt, daß darin die prinzipielle Anerkennung der Weltpolitik liegt. Ich habe geschlossen, daß Bernstein einer klügeren Form der Weltpolitik seine Zustimmung geben würde.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Adler-Kiel zieht seinen Zusatzantrag zurück. Es liegen vor: die Resolution Singer, dazu das Amendement Kloth und das Amendement Müller; zu diesem wieder ein Amendement Ledebour.

Kiesel-Berlin hält es für besser, die komplizirte Abstimmung morgen Früh vorzunehmen.

Vorsitzender **Ulrich** widerspricht diesem Antrag: Wir müssen heut einen Abschluß haben. (Sehr richtig!)

Ledebour stellt fest, daß der Antrag Müller nicht ein Amendement zur Resolution Singer, sondern eine selbständige Resolution sei und daß Müller sein (Ledebour's) Amendement akzeptirt habe, so daß es in die Resolution Müller mit eingegangen sei.

Ulrich: Das erleichtert die Abstimmung.

Der Antrag Kiesel wird abgelehnt.

Bei der Abstimmung wird die Resolution Singer mit den vom Referenten vorgenommenen Aenderungen einstimmig angenommen. Das Amendement Kloth wird abgelehnt. Die Resolution Müller wird gegen einige Stimmen angenommen.

Schluß 7¼ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 19. September. — Vormittags-Sitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Da die Mitglieder der Organisations-Kommission den Wunsch haben, an den Verhandlungen über Verkehrs- und Handelspolitik theilzunehmen, wird zunächst Punkt 11 der Tagesordnung: **Sonstige Anträge** zur Verhandlung gestellt. Zunächst kommen die zur **Presse** gestellten Anträge zur Verhandlung, es sind die Anträge 36—45, 47, 75, 78 und 80. Hiervon werden nur die Anträge 37, 41—44, 47, 75, 78 und 80 genügend unterstützt. Weiter wird folgende genügend unterstützte Resolution von Scheibe-Hartmannsdorf und Genossen gestellt:

„In Erwägung, daß durch die ungeheuerliche Ausbeutung des deutschen Volks seitens der Bergwerksbesitzer und ihren Agenten eine für weite Kreise der Bevölkerung nahezu unerträgliche Lage auf dem Kohlenmarkt geschaffen worden ist, spricht der Parteitag die Erwartung aus: a) daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Angelegenheit zur passenden Zeit im Reichstag bezw. in den Landtagen zur Sprache bringen, b) daß diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt wird, falls die Lage des Kohlenmarktes sich bis dahin nicht gründlich geändert hat, c) daß sich die Parteipresse eingehender als bisher damit beschäftigt und die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke näher ventilirt."

Es wird in die Diskussion der Anträge eingetreten. Den Antrag 37 (Herstellung des „Vorwärts" in eigener Druckerei) ersucht Hoffmann-Berlin IV für erledigt zu erklären, da im Einverständniß mit dem Vorstand eine Regelung im Sinne des Antrags bereits im Gange ist. Der Antrag wird zurückgezogen.

Antrag 41 (Abgabe kleinerer Posten Agitationsbroschüren zu Großpreisen) wird ohne Diskussion abgelehnt.

Den Antrag 42 (betrifft Herausgabe eines politischen Handbuchs) ersucht **Fischer**-Berlin abzulehnen. Der Parteisekretär hat die Mittheilung gemacht, daß die vor einigen Jahren schon beschlossene Herausgabe des Handbuchs demnächst erfolgen werde, es wird selbstverständlich von Zeit zu Zeit Ergänzungen erfahren, die man aber nicht jetzt durch Parteitagsbeschluß festlegen kann, ehe man etwas Bestimmtes vor Augen hat. — Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 43 (Herausgabe einer Anweisung über Vereins- und Versammlungsrecht) wird angenommen.

Antrag 44 (betreffs volksthümlichere Romane für „In Freien Stunden") wird abgelehnt.

Den Antrag 47, der der Parteipresse untersagt wissen will, Empfehlungen von Unternehmern aufzunehmen, die mit ihren Arbeitern Differenzen haben, begründet

Hug-Bant: Der Antrag scheint offene Thüren einzurennen; es liegt auch bereits ein Beschluß des Stuttgarter Parteitags vor, aber es bedarf einer Interpretation und diese möchte ich in einem Amendement geben, um manche Streitigkeiten zwischen Gewerkschaften und Parteipresse unmöglich zu machen. Der Antrag ist entstanden, weil wir in der Leitung des „Norddeutschen Volksblatt" nicht anerkennen wollten, daß, wenn die Arbeiter einer Werkstatt die Arbeit niederlegen, ohne daß die Gewerkschaft es gut heißt, sie die Aufnahme von Inseraten uns untersagen können. In einem Konfektionsgeschäft in Wilhelmshaven legten die Schneider die Arbeit nieder, weil die zugesagte Entlassung eines Zuschneiders nicht erfolgt war, und verlangten von uns, die Aufnahme einer Annonce dieses Geschäfts über Kleiderreste zu verweigern. Derartige Boykotts können die Gewerkschaften, die Partei und auch das Blatt schwer schädigen. Mir ist durch eine Zufallsmehrheit der Auftrag ertheilt, den Antrag 47 zu vertreten; ich bitte daher, ihn anzunehmen, aber mit folgendem Zusatz: „Der Streik oder die Sperre muß von den dazu berufenen Organen der Gewerkschaft erklärt oder anerkannt sein."

Molkenbuhr: Wir haben in unserem Parteiprogramm einen Satz, in dem wir fordern, daß alle Gesetze, durch die die freie Meinungsäußerung in irgend einer Weise eingeschränkt wird, abgeschafft werden sollen, und darunter befindet sich auch das Preßgesetz. Nun ist es eine ganz eigenthümliche Erscheinung, daß fast auf allen Parteitagen Anträge auftauchen, die eigentlich ein sozialdemokratisches Preßgesetz herstellen wollen. Jeden Streit an irgend einem Orte scheint man für eine ausreichende Unterlage für solche Anträge zu halten. Selbstverständlich ist es Pflicht der gesammten Parteipresse, den proletarischen Kampf mit allen nur denkbaren Mitteln zu unterstützen. Aber durch die Annahme solcher Anträge wird man Sachen, von denen man glaubt, daß sie nicht dazu dienen, nicht aus der Welt schaffen. Strickt durchgeführt würde ja ein solcher Antrag in seiner äußersten Konsequenz darauf hinauslaufen, daß ein Parteiblatt gar keine Annoncen aufnehmen darf. (Sehr richtig!) In der Parteipresse finden Sie Anzeigen von großen Waarenhäusern; wer will es kontrolliren, ob in diesem bunten Gewimmel von Waaren nicht ein großer Theil von Waaren vorhanden ist, die in irgend einem Geschäft hergestellt sind, wo gestreikt wird und wo Streikbrecher die Hersteller waren. Wenn Sie aber aus den Etats unserer Zeitungen alle Einnahmen aus Annoncen streichen wollten, dann würde ein großer Theil unserer Presse überhaupt nicht mehr existenzfähig sein. Selbstverständlich ist, daß, wenn in einem Orte ein Streik ausbricht, Arbeitsgesuche von den betreffenden Geschäften nicht aufgenommen, und wenn ein Boykott unzweifelhaft vorliegt, die boykottirten Waaren nicht empfohlen werden. Dazu braucht es solcher Anträge nicht. Stellen Sie alle